



Infodienst Radikalisierungsprävention

Newsletter Oktober 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der dritte Jahrestag des 7. Oktober 2023 rückt die Folgen des damaligen Angriffs der Hamas und weiterer bewaffneter Gruppen auf Israel erneut in den Fokus. Es wurden dabei rund 1.200 Menschen getötet und 251 Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Wie tief die Ereignisse bei Überlebenden, Angehörigen und Einsatzkräften nachwirken, zeigt die Gesprächsreihe „7 Gespräche zum 7. Oktober“ des Cicero-Magazins (mehr hierzu unter „Beiträge in anderen Medien“). Auf die Attacke der Hamas folgte Israels militärische Reaktion im Gazastreifen. Der Gaza-Krieg hat seither Zehntausende weitere Todesopfer gefordert, große Teile des Gebiets sind zerstört.

Für Aufmerksamkeit sorgte die Ankündigung der Bundesregierung, als Reaktion auf den islamistisch motivierten CSD-Anschlag einen 10-Punkte-Plan zum besseren Schutz vor islamistischem Terrorismus vorzulegen. Vorgesehen sind unter anderem eine engmaschigere Überwachung von Gefährdern, Änderungen bei Bewährungsentscheidungen sowie ein Ausbau von Prävention und Deradikalisierung. Mehr dazu finden Sie ebenfalls in der Rubrik „Aktuelle Meldungen zum Thema Islamismus“.

Außerdem möchten wir Sie auf den neuesten Artikel im Infodienst aufmerksam machen: In [seinem Beitrag](#) nimmt **Martin Kahl** zentrale Begriffe der Islamismusprävention in den Blick – darunter „Prävention“, „Radikalisierung“, „Politischer Islam“ und „antimuslimischer Rassismus“. Er zeigt, warum diese Begriffe wissenschaftlich, politisch und normativ unterschiedlich verstanden werden, welche Konflikte daraus entstehen und weshalb ein transparenter Umgang mit solchen Begriffen für Forschung, Prävention und öffentliche Debatte wichtig ist.

Ergänzend dazu nimmt [der Beitrag](#) von **Dennis Walkenhorst** die Hamas und Hisbollah in den Blick. Er zeigt, warum sich islamistische Bewegungen trotz erheblichen militärischen Drucks nicht dauerhaft zerschlagen lässt, und diskutiert, welche Bedeutung ihre sozialen,

politischen und identitätsstiftenden Funktionen für die Extremismusprävention haben. Außerdem steht nun auch eine [deutsche Übersetzung](#) von **Tricia Bacons** bereits veröffentlichtem Beitrag „[Why Jihadist Violence Persists: The Strategic Incompleteness of Post-“9/11” Counterterrorism](#)“ zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Bis zum 19. Oktober können Sie an [unserer Nutzerumfrage](#) teilnehmen und uns dabei helfen, den Infodienst noch besser auf Ihre Bedürfnisse abzustimmen. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und Anregungen.

Ihre Infodienst-Redaktion

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 28.09.2026.

PS: Haben Sie einen Hinweis, worüber wir berichten sollten? Schreiben Sie uns an infodienst@bpb.de

Neu im Infodienst Radikalisierungsprävention

DENNIS WALKENHORST

Hamas und Hisbollah: Warum man sie nicht „wegbomben“ kann

Der militärische Druck auf Hamas und Hisbollah hat beide geschwächt, ihre Strukturen bestehen jedoch fort. Dennis Walkenhorst untersucht, warum sich islamistische Bewegungen nicht allein militärisch zerschlagen lassen, und leitet daraus Schlussfolgerungen für die Extremismusprävention ab – mit stärkerem Fokus auf gemeinwesenorientierte und pädagogische Ansätze statt einer rein sicherheitspolitischen Perspektive.

weiter

MARTIN KAHL

Islamismusprävention in Deutschland – Navigieren in einem begrifflichen Minenfeld

Begriffe wie „Prävention“, „Radikalisierung“, „Politischer Islam“ oder „antimuslimischer Rassismus“ prägen die Debatten über Islamismus und Extremismus – ihre Bedeutung ist jedoch oft umstritten. Martin Kahl zeigt, welche wissenschaftlichen, politischen und normativen Verständnisse dahinterstehen und welche Konflikte sich daraus ergeben. Zugleich erläutert der Beitrag, warum ein reflektierter und transparenter Umgang mit zentralen Fachbegriffen für Forschung, Prävention und öffentliche Debatte wichtig ist.

weiter

Neu bei der Bundeszentrale für politische Bildung

GUIDO STEINBERG

Hamas

Seit ihrer Gründung 1987 hat sich die Hamas von einem Ableger der palästinensischen Muslimbruderschaft zu einer der einflussreichsten islamistischen Organisationen der Region entwickelt. Guido Steinberg erläutert ihre Geschichte, Ideologie und Strategie sowie ihre Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt bis in die Gegenwart.

weiter

KEMAL BOZAY

Rechtsextremismus in der Postmigrationsgesellschaft

Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das auf die Mehrheitsgesellschaft beschränkt ist. Kemal Bozay nimmt rechtsextreme, ultranationalistische und autoritäre Strömungen in unterschiedlichen migrantisch geprägten Milieus in den Blick und zeigt gemeinsame ideologische Muster und Mobilisierungsstrategien auf.

weiter

Veranstaltungshinweise und Fortbildungen

TerminDetails finden Sie im [Veranstaltungskalender des Infodienstes](#).

Sammeltermine & regelmäßige Angebote

[Online-Angebot: Vertiefte Fallarbeit für Vertreterinnen und Vertreter der behördlichen Präventionsarbeit](#)

Regelmäßiges Angebot

Online

[Online-Angebot: „Fallberatung für Fachkräfte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit“](#)

Regelmäßiges Angebot

Online

Fachkräfte-Sprechstunde: „Sprechstunde für Fachkräfte und Beraterinnen und Berater im Feld der Radikalisierungsprävention“

Regelmäßiges Angebot

Online

E-Learning-Qualifizierung für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu Weltanschauung und Extremismusbeauftragten

Regelmäßiges Angebot

Online

Beratungsangebot: „PROvention-Online-Beratung für Opfer und Betroffene religiös begründeter Gewalt“

Regelmäßiges Angebot

Online

E-Learning-Fortbildung: „Extremistische Einstellungen in der ärztlichen und psychotherapeutischen Behandlung – Radikalisierungsprozesse wahrnehmen – einschätzen – handeln“

Regelmäßiges Angebot

Online

E-Learning-Plattform: „religio:connect“

Regelmäßiges Angebot

Online

E-Learning-Kurs: „Antimuslimischer Rassismus“

Regelmäßiges Angebot

Online

Schulinterne Fortbildung für Lehrkräfte: „Pädagogisches Sprechen über Israel/Palästina“

September bis Dezember 2026

in Ihrer Schule oder Online

Fortbildungsreihe: „Lernen aus der Geschichte – Gegenwart gestalten: Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“

7. Oktober bis 11. November 2026

Nordhorn / Meppen / Online

Veranstaltungsreihe: „Digitaler Extremismus – Scrollen in die Radikalisierung?

Extremistische Online-Welten und ihre Wirkung auf Jugendliche“

12. Oktober bis 8. Dezember 2026

NRW-weit / Online

Fortbildungsreihe: „Antimuslimischer Rassismus: Erscheinungsformen und Gegenstrategien“

9. bis 17. November 2026

Online

Veranstaltungsreihe: „nexus.dialog – Radikalisierung verstehen. Perspektiven erweitern“

9. November bis 7. Dezember 2026

Online

Online-Zertifikatskurs: „NetzHelden 60+“

17. bis 26. November 2026

Online

Qualifizierungslehrgang: „Stärkung demokratischer Schulkultur und Radikalisierungsprävention für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter 2027“

Januar 2027 bis Juni 2027

bundesweit

Oktober

Workshop: „Umgang mit extremistischen Aussagen im pädagogischen Raum“

15. Oktober 2026

Online

Fachtag: „Islamismus, Radikalisierung und Prävention in Krisenzeiten“

15. Oktober 2026

Halle (Saale)

Fachforum: „Postsowjetische Vielfalt im Blick: Radikalisierung? Resilienz und Perspektiven der Prävention“

16. Oktober 2026

Kiel

Fachtag: „PERSIST – Projekt zur nachhaltigen Entwicklung, Rehabilitation und Sozialen Integration von Kindern aus extremistischen Familienstrukturen“

28. Oktober 2026

Kassel

November

Online-Elternseminar: „Gesprächsführung & Haltung stärken – Jugendliche in herausfordernden Zeiten begleiten“

2. November 2026

Online

Werkstatt: „Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit in digitalen Räumen: Dynamiken, Herausforderungen und Perspektiven“

5. November 2026

Online

Landesdemokratiekonferenz 2026: „Präventionspraxis im digitalen Wandel“

6. November 2026

Düsseldorf

Online-Elternseminar: „Prävention & Unterstützungsangebote – Handlungssicherheit im Umgang mit Radikalisierungsrisiken“

16. November 2026

Online

Fachtag: „Zwischen Radikalisierung und Distanzierung – Psychotherapie und Beratung in der Extremismusprävention“

17. November 2026

Bochum

Fachtag: „Mit Sensibilität und Klarheit: Religiöser Vielfalt, Polarisierung und Islamismus im Schulkontext begegnen“

17. November 2026

Recklinghausen

Webtalk: „trans:fair talk 3 | Extremismus und Prävention im Gaming“

18. November 2026

Online

WelEx-Fachtag: „Kinderschutz und Extremismus – Strukturen stärken, Handlungssicherheit fördern“

19. November 2026

Berlin

Online-Angebot: „Raum schaffen, bevor Konflikte eskalieren: Das FreiRaum-Konzept für Schulen“

19. November 2026

Online

Online-Workshop: „Klick, Like, Radikal? Wie digitale Ansprachen die pädagogische Arbeit vor Ort fordern“

23. November 2026

Online

dist[ex]-Community Event 2026: „Under Pressure. Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit für eine wehrhafte Demokratie“

24. und 25. November 2026

Berlin

Dezember

Workshop: „Türkischer Ultranationalismus in Deutschland“

3. Dezember 2026

Online

Fachtag: „Verborgene Botschaften: Codes und Symbole türkischer Rechtsextremist*innen“

3. Dezember 2026

Köln

Online-Fortbildung: „Radikalisierung und Flucht“

7. Dezember 2026

Online

Sofa-Talk: „Warum wir über Männlichkeit reden müssen, wenn wir über Radikalisierung sprechen“

14. Dezember 2026

Online

März 2027

MOTRA-Konferenz: „Extremismus/Radikalisierung/Prävention“

3. und 4. März 2027

Wiesbaden

Mai 2027

32. Deutscher Präventionstag: „Vulnerabilität und Prävention“

24. bis 25. Mai 2027

Hannover

Stellenangebote

Details zu Stellenangeboten aus dem Arbeitsfeld finden Sie in der [Übersicht des Infodienstes](#).

Berlin

OSINT-Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter

Berlin

Workshopleiterin bzw. Workshopleiter Demokratieförderung & Extremismusprävention

Berlin

Hamburg

Beraterin/Bildungsreferentin bzw. Berater/Bildungsreferent für das Legato Beratungsteam

Hamburg

Nordrhein-Westfalen

Wissenschaftliche/sozialpädagogische Fachkraft (50 %).

Dortmund

Fachkraft für die Beratungsstelle „Wegweiser – Stark ohne islamistischen Extremismus“

Gelsenkirchen

Beschäftigte bzw. Beschäftigter im Bereich Radikalisierungsprävention im Justizvollzug

Heinsberg

Beiträge in anderen Medien

Interview-Serie: „7 Gespräche zum 7. Oktober“

– *Cicero: diverse Interviewpartnerinnen und -partner im Gespräch mit Adi Kaslasy-Way* –
Unter dem Titel „7 Gespräche zum 7. Oktober“ führt die Autorin Adi Kaslasy-Way anlässlich des dritten Jahrestags des Hamas-Angriffs auf Israel Gespräche mit Überlebenden, Angehörigen von Entführten und Ermordeten sowie Menschen, die am 7. Oktober 2023 als Einsatzkräfte vor Ort waren. Die Gesprächspartnerinnen und -partner kennt sie persönlich. In den bislang erschienenen fünf Teilen berichten Anita Conforty von ihrer Flucht vom Nova-Festival, Yaniv Yaakov vom Schicksal seines ermordeten Bruders und dessen entführten Söhnen, Maayan Kaplun von der Ermordung ihres Vaters im Kibbuz Be’eri, der Polizist Shimon Portal von seinem Einsatz während des Angriffs und Micha Biton von 14 Stunden im Schutzraum mit seiner Familie. Neben den unmittelbaren Erlebnissen des 7. Oktober stehen die langfristigen Folgen von Verlust, Trauma und veränderter Sicherheitserfahrung im Mittelpunkt der Gespräche.

Zu Teil 1 mit Anita Conforty auf [cicero.de](https://www.cicero.de)

Zu Teil 2 mit Yaniv Yaakov auf [cicero.de](https://www.cicero.de)

Zum Teil 3 mit Maayan Kaplun auf [cicero.de](https://www.cicero.de) (Paywall)

Zu Teil 4 mit Shimon Portal auf [cicero.de](https://www.cicero.de)

Zu Teil 5 mit Micha Biton auf [cicero.de](https://www.cicero.de) (Paywall)

„Die Hamas unterscheidet sich nicht sehr vom Islamischen Staat“

– *WELT: Hamza Abu Howidy im Gespräch mit Nicholas Potter* –

Der palästinensische Dissident Hamza Howidy protestierte im Gazastreifen gegen die Hamas, wurde nach eigenen Angaben mehrfach inhaftiert und gefoltert und floh 2023 nach Europa. Im Interview spricht er über die Herrschaft der Hamas, ihre Gewalt gegen Palästinenser, den Krieg in Gaza und seinen kritischen Blick auf Teile der Pro-Palästina- wie auch der Pro-Israel-Bewegung.

Zum Beitrag auf [welt.de](https://www.welt.de)

„Die Macht der Islamisten im Netz“

– Tagesschau: Joseph Röhmel –

Islamistische Radikalisierung findet zunehmend in digitalen Räumen statt, in denen sich Jugendliche ohnehin bewegen. Recherchen von BR und SWR zeigen, wie Soziale Medien, Messenger und Gaming ineinandergreifen können – von niedrigschwelligen religiösen Inhalten über geschlossene Gruppen bis hin zu extremistischer Propaganda und direkter Ansprache.

Zum Beitrag auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

„Stark, erfolgreich, gläubig‘: Wenn ‚Manosphere‘ und Islamismus verschmelzen“

– Der Standard: Fabian Schmid und Jan Michael Marchart –

In ihrem Beitrag beschreiben Fabian Schmid und Jan Michael Marchart, wie islamistische Netzwerke zunehmend Sprache und Angebote der sogenannten „Manosphere“ aufgreifen. Junge muslimische Männer würden etwa über Fitness, Selbstoptimierung, Unternehmertum und Dating angesprochen. Die Soziologin Amrei Martschinke erklärt, dass dabei weniger klassische Prediger als moderne Unternehmer und Influencer auftreten. Selbstoptimierung, wirtschaftlicher Erfolg und Religiosität würden dabei zu einem attraktiven Lebensmodell verbunden, über das eine islamistische Ordnung vermittelt werden solle.

Zum Beitrag auf [derstandard.at](https://www.derstandard.at)

„Islamistische ‚Terror-Teenies‘: Radikalisierung beginnt im Kinderzimmer“

– SWR: Knut Bauer –

25 Jahre nach den Anschlägen des 11. Septembers bleibt die Bedrohung durch islamistische Anschläge weiterhin groß. Vor allem die immer jünger werdenden Anhänger, sowie die Verlagerung der Szene ins Internet und in die Sozialen Medien bereiten dem Verfassungsschutz in Baden-Württemberg Sorgen. Die Jugendlichen finden sich in Online-Gruppen zusammen, heroisieren „IS“-Kämpfer, teilen Videos von Hinrichtungen und sind zudem bereit, Gewalttaten selbst zu begehen. Knut Bauer berichtet über die Entwicklung der islamistischen Extremisten.

Zum Beitrag auf [swr.de](https://www.swr.de)

„Der Einstieg erfolgt oft über Lifestyle-Content“

– jungle.world: Kaiya Reisch im Gespräch mit Felix Michaelis –

Islamistische Radikalisierung beginnt häufig nicht mit offen extremistischer Propaganda, sondern mit niedrigschwelligen Inhalten aus Alltag, Religion und Lifestyle. Kaiya Reisch von der Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) erläutert im Interview, wie islamistische Akteurinnen und Akteure Soziale Medien nutzen, welche Faktoren Radikalisierungsprozesse begünstigen und wo Präventions- und Ausstiegsarbeit ansetzen können.

Zum Beitrag auf [jungle.world](https://www.jungle.world)

„Wie Islamisten auch in Österreich Wikipedia manipulieren“

– *Kurier: Johanna Kreid* –

Islamistische Akteurinnen und Akteure versuchen nach Einschätzung der österreichischen Dokumentationsstelle Politischer Islam zunehmend, auch Wikipedia-Einträge für ihre Propaganda zu nutzen. In ihrem Beitrag beschreibt Johanna Kreid, wie Begriffe verändert, kritische Quellen entfernt und Narrative in Artikeln gebildet werden – und warnt davor, dass KI-Systeme solche Inhalte zusätzlich weiterverbreiten und verstärken.

Zum Beitrag auf kurier.at (Paywall)

„Religiosität gegen Radikalisierung – Zum Umgang mit Religion im Schulalltag“

– *ufuq.de: Junus el-Naggar* –

Junus el-Naggar leitet das Modellprojekt „Clear Vision“. Es will eine demokratische Schulkultur stärken und Radikalisierungsprävention strukturell verankern. Aus den Erfahrungen des Projekts heraus plädiert er in seinem Beitrag für einen religionssensiblen Umgang im Schulalltag. Religiöse Ausdrucksformen sollten nicht vorschnell als problematisch oder als Radikalisierungsrisiko verstanden werden. Schule könne vielmehr präventiv wirken, wenn sie religiöse Bedürfnisse ernst nehme, Zugehörigkeit stärke und Raum für offene Gespräche schaffe. Grenzen seien dort nötig, wo Fremdbestimmung, Abwertung oder der Ausschluss gleicher Rechte beginnen.

Zum Beitrag auf ufuq.de

„Ich wollte wissen, was junge Muslim*innen über islamische Normen, Scharia und Grundgesetz denken.“

– *ufuq.de: Simone Trägner im Gespräch mit Jochen Müller* –

Junge Musliminnen und Muslime setzen sich unterschiedlich mit islamischen Normen, Scharia und dem Grundgesetz auseinander. Im Interview erläutert die Islamwissenschaftlerin Simone Trägner Ergebnisse ihrer qualitativen Studie zu jungen muslimischen Erwachsenen und zeigt, welche Rolle persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Debatten und das eigene Gewissen bei der Auslegung religiöser Normen spielen.

Zum Beitrag auf ufuq.de

„Die USA befanden sich auf dem Höhepunkt der Selbstüberschätzung‘ – die fatalen Fehler der USA nach 9/11“

– *NZZ: Peter Neumann im Gespräch mit Marlen Oehler* –

Der Terroranschlag der al-Qaida am 11. September 2001 stellte einen Wendepunkt in der Geopolitik dar. Peter Neumann erklärt die Folgen der amerikanischen Vorgehensweise im Krieg gegen den Terror und welche Fehler daraus entstanden. Laut Neumann war der Afghanistan-Krieg unvermeidlich, allerdings war der weitere Verlauf im Krieg gegen den Terror fehlerbehaftet. Insbesondere die Invasion des Irak sowie die angewandten

Methoden, etwa im Gefangenenlager Guantánamo, richteten seiner Einschätzung nach mehr Schaden an, als dass sie einen tatsächlichen Nutzen brachten.

Zum Beitrag auf [nzz.ch](https://www.nzz.ch) (Paywall)

„The failure to stop 9/11 was a catastrophe. But even bigger mistakes were made in its aftermath“

– *The Conversation: Greg Barton* –

Die Anschläge am 11. September 2001 hätten nach Einschätzung des Terrorismusforschers Greg Barton verhindert werden können – folgenreicher seien jedoch die politischen Reaktionen gewesen. Er zeichnet nach wie der „Global War on Terror“, die Kriege in Afghanistan und im Irak sowie strategische Fehlentscheidungen extremistische Bewegungen teilweise stärkten, und warnt davor, dass überzogene Reaktionen auf Terror dessen Wirkung langfristig noch verstärken können.

Zum Beitrag auf theconversation.com (Englisch)

„Haben die Attentäter vom 11. September ihr Ziel doch erreicht?“

– *FAZ: Souad Mekhennet* –

Der Antisemitismus der Hamburger Terrorzelle um Mohammed Atta war kein Randmotiv, sondern ein zentraler Bestandteil ihres Weltbilds. In ihrem Beitrag zeichnet die Investigativjournalistin Souad Mekhennet die ideologischen Linien von nationalsozialistischer Propaganda über die Muslimbruderschaft und Sayyid Qutb bis zu al-Qaida und heutigen islamistischen Bewegungen nach. Zugleich warnt sie vor einer Normalisierung antisemitischer und verschwörungsideologischer Denkmuster in unterschiedlichen extremistischen Milieus.

Zum Beitrag auf [faz.net](https://www.faz.net) (Paywall)

„Angst, den Islam anzuklagen“

– *ZEIT: Jochen Bittner* –

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 habe der Westen zwar auf islamistischen Terror reagiert, zugleich aber eine kritische Auseinandersetzung mit problematischen Strömungen innerhalb des Islam vermieden, argumentiert Jochen Bittner. In seiner Kolumne beschreibt er diese „intellektuelle Unterreaktion“ als Folge politischer und gesellschaftlicher Zurückhaltung und warnt vor Auswirkungen auf den Umgang mit Islamismus, Integration und Religionskritik.

Zum Beitrag auf [zeit.de](https://www.zeit.de) (Paywall)

„Keine Gnade für Jihadisten – aber ein faires Verfahren“

– *NZZ: Daniel Steinvorth* –

25 französische „IS“-Anhänger sollen im Irak wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden. Weil ihnen dort die Todesstrafe droht und Zweifel an einem fairen Verfahren bestehen, haben ihre Anwälte den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingeschaltet. In

seinem Kommentar beschreibt Daniel Steinvorth, welche Verantwortung Frankreich aus seiner Sicht gegenüber den eigenen Staatsbürgerinnen und -bürgern trägt, die sich dem „IS“ angeschlossen haben.

Zum Beitrag auf [nzz.ch](https://www.nzz.ch) (Paywall)

„Keine Toleranz für den islamistischen Herrschaftsanspruch“

– *Cicero: Wahied Wahdat-Hagh* –

Islamistische Herrschaftsansprüche stehen im Widerspruch zu zentralen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats. Der Politik- und Sozialwissenschaftler Wahied Wahdat-Hagh zeigt am Verhältnis von Scharia, Religionsfreiheit und individuellen Freiheitsrechten, wo diese Konflikte entstehen, und plädiert für eine klare Trennung zwischen persönlicher Religionsausübung und politisch-religiösen Ordnungsansprüchen.

Zum Beitrag auf [cicero.de](https://www.cicero.de) (Paywall)

„The Use of Podcast Formats by Extremist Actors“

– *Interventionen/VPN* –

Extremistische Akteurinnen und Akteure nutzen zunehmend Podcast-Formate, um politische Deutungen ausführlicher zu vermitteln und zugleich persönliche Nähe zu ihrem Publikum aufzubauen. Das Monitoring-Team von Violence Prevention Network (VPN) zeigt anhand von Beispielen aus dem Islamismus und Rechtsextremismus, wie lange Gesprächsformate, persönliche Einblicke und parasoziale Bindungen zur Verbreitung extremistischer Narrative beitragen und zugleich neue Möglichkeiten der Monetarisierung eröffnen.

Zum Beitrag auf [interventionen.blog](https://www.interventionen.blog) (Englisch)

„Die Trennung von Islam und Islamismus ist anmassend und nutzlos. Der Westen sollte lieber seine freiheitlichen Prinzipien konsequent durchsetzen“

– *NZZ: Giuseppe Gracia* –

Die Trennung zwischen Islam und Islamismus ist in Politik und Medien weit verbreitet. Der Publizist Giuseppe Gracia hält diese Unterscheidung jedoch für wenig hilfreich, weil sie voraussetze, dass staatliche Akteure zwischen „richtigem“ und „falsch verstandenem“ Islam unterscheiden könnten. Stattdessen plädiert er dafür, religiöse Überzeugungen nicht zu bewerten und konsequent auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu bestehen.

Zum Beitrag auf [nzz.ch](https://www.nzz.ch) (Paywall)

„Expertin: Medien transportieren Bild eines gewaltvollen Islam“

– *Evangelische Zeitung: Carola Richter im Gespräch mit Franziska Rein* –

25 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September prägen Terrorismus, Krisen und Konflikte die mediale Berichterstattung über den Islam nach Einschätzung der

Kommunikationsforscherin Carola Richter weiterhin stark. Im Interview mit dem Evangelischen Pressedienst erläutert sie, wie sich solche Deutungsmuster verfestigt haben, welche Folgen sie für die Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen haben und warum Medien stärker auf Differenzierung und unterschiedliche muslimische Perspektiven achten sollten.

Zum Beitrag auf [evangelische-zeitung.de](https://www.evangelische-zeitung.de)

„Islamismus in Hessen: Mehrere Gefährder unter Beobachtung“

– *Merkurist: Michael Meister* –

In Hessen stehen derzeit rund 20 Personen als islamistische Gefährder unter besonderer Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Nach dem islamistischen Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin wurden die Maßnahmen noch einmal verschärft. In seinem Beitrag gibt Michael Meister einen Überblick über die aktuelle Gefährdungslage sowie über Überwachung, Prävention und weitere sicherheitspolitische Maßnahmen des Landes.

Zum Beitrag auf [merkurist.de](https://www.merkurist.de)

Materialien und Handreichungen

„Queerfeindlichkeit im Islamismus“

– *Bundesamt für Verfassungsschutz* –

Queerfeindlichkeit ist in unterschiedlichen islamistischen Strömungen verbreitet und richtet sich gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Bestandteil liberaler Gesellschaften. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zeigt in seiner Handreichung, wie die Rechte queerer Menschen als „westlicher“ Angriff auf islamische Gemeinschaften dargestellt und insbesondere in Sozialen Medien zur Mobilisierung und Abgrenzung genutzt werden.

Zur Handreichung auf [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de)

„Fortbildungskonzept für die Fachpraxis“

– *RADIS* –

Kränkungs- und Ressentimenterfahrungen können bei Radikalisierungsprozessen eine wichtige Rolle spielen. Das dritte RADIS-Manual bereitet Forschungsergebnisse zu entsprechenden Erfahrungen muslimischer Menschen für die pädagogische Praxis auf und bietet Übungen und Fallbeispiele für Fachkräfte aus Schule und Extremismusprävention.

Zum Fortbildungskonzept auf [radis-forschung.de](https://www.radis-forschung.de)

Berichte und Analysen

„25 Jahre später: Wie sich nach 9/11 der islamistische Terrorismus veränderte“

– Bundesamt für Verfassungsschutz –

25 Jahre nach „9/11“ prägen die Anschläge die Arbeit der Sicherheitsbehörden weiterhin. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zeichnet nach, wie sich der islamistische Terrorismus seit dem 11. September 2001 verändert hat – von al-Qaida über den „IS“ bis zu stärker dezentralen und digital geprägten Radikalisierungsprozessen – und beschreibt, welche Herausforderungen sich daraus heute für Früherkennung, Beobachtung und Terrorismusabwehr ergeben.

Zur Analyse auf [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de)

„dist[ex] monitor – Bericht 3. Quartal 2026“

– dist[ex] –

Im dritten Quartalsbericht 2026 des „dist[ex] monitor“ werden aktuelle Trends extremistischer Kommunikation auf Social Media untersucht. Ein Schwerpunkt liegt auf gewaltverherrlichenden Inhalten: Der Beitrag zeigt, wie insbesondere islamistische Akteurinnen und Akteure Gewalt darstellen und legitimieren, und vergleicht diese Muster mit rechtsextremen und verschwörungsideologischen Inhalten.

Zum Bericht auf dist-ex.de

Ligante #9: „Demokratie unter Druck? Diskursverschiebungen und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten“

– Ligante/BAG RelEx –

Die neunte Ausgabe der Fachzeitschrift „Ligante“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) widmet sich der Frage, wie digitale Öffentlichkeiten gesellschaftliche Debatten verändern und extremistische Akteurinnen und Akteure diese Dynamiken nutzen. Beiträge beleuchten unter anderem soziale Medien und KI, islamistische Online-Narrative, Antifeminismus und die sogenannte Manosphere sowie Ansätze zur Stärkung demokratischer Diskursfähigkeit.

Zur Analyse auf bag-relex.de

Trendreport #6: „Zwischen Rollenbild und Rebellion: Attraktivitätsmomente des Islamismus für junge Frauen in Deutschland“

– KN:IX: Anja Joest –

Die Motive, aus denen sich Mädchen und junge Frauen islamistischen Angeboten zuwenden, sind vielfältig. Anja Joest zeigt, welche persönlichen und sozialen Faktoren dabei eine Rolle spielen und verbindet aktuelle Forschung mit Erkenntnissen aus der Distanzierungsarbeit. Daraus leitet sie Hinweise für Prävention und Beratung ab.

Zur Analyse auf kn-ix.de

Tagungsdokumentation: „Zwischen Beratung und Therapie. Schnittstellen in der Deradikalisierungsarbeit gestalten“

– Grüner Vogel –

Die Publikation dokumentiert den Fachtag „Zwischen Beratung und Therapie – Schnittstellen in der Deradikalisierungsarbeit gestalten“, den Grüner Vogel im März 2026 gemeinsam mit nexus und BIOS-BW in Berlin veranstaltete. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgung besser verzahnt werden kann. Beiträge aus Beratung, Psychotherapie, Psychiatrie und Praxis beleuchten psychische Belastungen im Kontext von Radikalisierung und diskutieren Modelle interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Zur Tagungsdokumentation auf gruenervogel.de

Analyse: „The Muslim Brotherhood youth network FEMYSO and it's ,European Action Day Against Islamophobia“

– AK Polis und CERIF –

Eine gemeinsame Analyse vom Arbeitskreis Politischer Islam (AK Polis) und dem Centre for Research and Information on Brotherism (CERIF) untersucht das Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO), einen europäischen Dachverband muslimischer Jugend- und Studierendenorganisationen am Beispiel des „Europäischen Aktionstags gegen Islamophobie“. Im Fokus stehen mögliche Verbindungen zur Muslimbruderschaft sowie Projekte und Strukturen, über die europäische Fördermittel an FEMYSO fließen.

Zur Analyse auf cerif.eu (Englisch)

Jahresbericht 2025 der Dokumentationsstelle Politischer Islam veröffentlicht

– DPI –

Der Jahresbericht 2025 der österreichischen Dokumentationsstelle Politischer Islam (DPI) beleuchtet aktuelle Entwicklungen des Politischen Islams in Österreich und Europa. Im Fokus stehen unter anderem transnationale islamistische Netzwerke, der Einfluss türkisch-islamischer Akteure, Hamas und Hisbollah sowie islamistische Influencer, Desinformation und digitale Mobilisierung.

Zum Jahresbericht auf dokumentationsstelle.at

Analyse: „Feminismus – eine große Assimilationsagenda?“

– *Wissen schafft Demokratie: Hanin El-Auwad, Julia Haas und Saskia Lanser* –
Antifeministische Positionen spielen in islamistischen Diskursen eine wichtige Rolle. Hanin El-Auwad, Julia Haas und Saskia Lanser analysieren anhand deutschsprachiger Online-Inhalte, wie Feminismus als westliches „Importprodukt“ und Bedrohung religiös begründeter Geschlechterordnungen dargestellt wird – und welche Funktion diese Narrative für Abgrenzung, Identitätsstiftung und politische Mobilisierung erfüllen.

Zur Analyse auf [idz-jena.de](https://www.idz-jena.de)

Kostenpflichtige Neuerscheinungen

Sachbuch: „Gemeinsam gegen die moderne Welt. Wie Rechtsradikalismus und religiöser Fundamentalismus die offene Gesellschaft bedrohen“

– *Sebastian Schnelle* –

Rechtsradikalismus und islamischer Fundamentalismus erscheinen als politische Gegensätze, weisen jedoch zentrale ideologische Schnittmengen auf. Sebastian Schnelle untersucht Gemeinsamkeiten von Neuer Rechter, Alt-Right und Islamismus – von Antiliberalismus und Demokratiefeindlichkeit bis zu Frauenfeindlichkeit und der Ablehnung universeller Menschenrechte.

Zum Sachbuch auf [alibri.de](https://www.alibri.de) (Softcover: 15,00 Euro)

Sachbuch: „Eskalation“

– *Sharzad Eden Osterer und Richard C. Schneider* –

Nach dem 7. Oktober 2023 hat sich die regionale Konfrontation zwischen Israel und Iran deutlich verschärft und zunehmend globale Auswirkungen entfaltet. Shahrzad Eden Osterer und Richard C. Schneider zeichnen in „Eskalation“ die Entwicklungen seit der Islamischen Revolution 1979 nach und ordnen die Rolle Irans, Israels sowie verbündeter Staaten, Milizen und Terrororganisationen im Nahen Osten ein.

Zum Sachbuch auf [rowohlt.de](https://www.rowohlt.de) (Softcover: 24,00 Euro / e-Book: 19,99 Euro)

Sachbuch: „Haltung ohne Hass. Eine Aufforderung“

– *Ahmad Mansour* –

Gesellschaftliche Debatten werden zunehmend von Polarisierung, Misstrauen und verhärteten Fronten geprägt. Ahmad Mansour beschreibt in „Haltung ohne Hass“, wie Radikalisierung und Populismus entstehen können, und plädiert für eine demokratische

Streitkultur, die Widerspruch aushält, ohne politische Gegner zu Feindbildern zu machen.

Zum Sachbuch auf [piper.de](https://www.piper.de) (Softcover: 22,00 Euro / e-Book: 21,99 Euro)

Sachbuch: „Female Jihadis. The Case of Tunisia“

– *Leila Ben Mcharek* –

Nach dem Arabischen Frühling schlossen sich in Tunesien zahlreiche Frauen dschihadistischen Organisationen an. Leila Ben Mcharek untersucht anhand von 30 Biografien ihre sozialen Hintergründe, Radikalisierungs- und Rekrutierungswege sowie ihre Rollen innerhalb dschihadistischer Strukturen in Tunesien und in Konfliktgebieten wie Syrien.

Zum Sammelband auf [hurstpublishers.com](https://www.hurstpublishers.com) (Softcover: 35,00 Pfund)

Handbuch: „The Routledge Handbook of Online Violent Extremism“

– *Suraj Lakhani, Julian Droogan, Lydia Khalil und Stuart Macdonald (Hrsg.)* –

Das „Routledge Handbook of Online Violent Extremism“ bündelt aktuelle Forschung zu gewaltorientiertem Extremismus im digitalen Raum. Die Beiträge behandeln unter anderem Online-Radikalisierung, soziale Medien und Plattformregulierung, generative KI und algorithmische Empfehlungssysteme sowie unterschiedliche extremistische Ideologien und Akteurinnen und Akteure.

Zum Handbuch auf [routledge.com](https://www.routledge.com) (Hardback: 252,00 Euro / e-Book: 44,79 Euro)

Audio- und Videobeiträge

„Pearl Harburg - Deutschland nach 9/11“

– *NDR Info: Audio; 5 Teile à 36 bis 38 Minuten* –

25 Jahre nach „9/11“ untersucht der fünfteilige Podcast „Pearl Harburg - Deutschland nach 9/11“, welche Spuren die Anschläge bis heute in Deutschland hinterlassen haben. Im Mittelpunkt stehen Hamburg als Rückzugsort der Attentäter sowie die Perspektiven von Angehörigen, Ermittlerinnen und Ermittlern sowie Menschen mit Migrationsbiographie.

Zum Audiobeitrag auf [ardsounds.de](https://www.ardsounds.de)

„Folge #43: Islamismusprävention in Ostdeutschland“

– *KN:IX talks: Audio; 35 Minuten* –

In dieser Folge sprechen Charlotte Leikert, Frederik Braune und Ulrike Hoole mit Wenke Krestin, Projektleiterin der Beratungsstelle Sachsen vom Violence Prevention Network, über die besonderen Herausforderungen der Präventionsarbeit in Ostdeutschland. Sie

beleuchten die Arbeit vor Ort, die Bedeutung lokaler Netzwerke und die Frage, wie Jugendliche erreicht und für demokratische Werte sensibilisiert werden können. Dabei geht es auch um die Rahmenbedingungen, die Präventionsarbeit in Ostdeutschland braucht und welche Erfahrungen sich auf andere Regionen übertragen lassen.

Zur Folge auf kn-ix-talks-podigee.io

„Der IS schafft es immer noch, junge Leute dazu zu bewegen, Attentate zu verüben“

–WELT TV/Newsroom: Video; 4 Minuten –

Der Islamwissenschaftler und Terrorismusexperte Guido Steinberg fasst im Interview mit WELT TV zusammen, was heute über die Verbindung von Saudi-Arabien und den Terroranschlag vom 11. September bekannt ist, wie sich die islamistische Szene seitdem verändert hat und warum es einen „Trend zum Einzeltäter“ gibt.

Zum Videobeitrag auf welt.de

„Fünf Jahre Taliban-Herrschaft“

– ZDF: Video; 16 Minuten –

Fünf Jahre nachdem die Taliban erneut die Macht in Afghanistan übernommen hat, ist die Lage für die Bevölkerung bedrückend – insbesondere für Mädchen und Frauen. In diesem Videobeitrag trifft Homeira Rhein Afghaninnen und Afghanen in Deutschland. Sie erzählen von Angehörigen, die in Afghanistan zurückgeblieben sind, und von ihrer Sorge über Taliban-Vertreter, die inzwischen in afghanischen Auslandsvertretungen in Deutschland eingesetzt wurden. Zudem spricht Rhein mit der Geschäftsführerin des Afghanischen Frauenvereins darüber, wie es dem Verein trotz der schwierigen Bedingungen gelingt vor Ort humanitäre Hilfe zu leisten.

Zum Videobeitrag auf zdf.de

Aktuelle Meldungen zum Thema Islamismus

Politische Konsequenzen nach CSD-Anschlag in Berlin: Der 10-Punkte-Plan der Bundesregierung

Nach dem CSD-Anschlag mehrte sich Kritik am Umgang mit islamistischen Gefährdern. Abdul B. war bereits vor der Tat unter anderem wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu 22 Monaten Jugendstrafe verurteilt worden. Das Urteil war allerdings noch nicht rechtskräftig. Die Entscheidung über eine mögliche Bewährung wurde für sechs Monate zurückgestellt, zugleich hob das Gericht den Haftbefehl auf. Dass der als Gefährder bekannte Mann deshalb bis zum Anschlag auf freiem Fuß war, löste Forderungen nach strengeren Regeln bei Jugendstrafrecht, Haft und Überwachung aus.

Der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes Michael Fischer teilte mit, dass

Verfassungsschutz und Landeskriminalamt ihren Austausch zu islamistischen Gefährdern in einem neuen „Gemeinsamen Informations- und Bewertungszentrum (GIBZ) Islamismus“ intensivieren wollten. Ferner beschloss die Bundesregierung Mitte September einen 10-Punkte-Plan für einen besseren Schutz vor islamistischem Terrorismus. Geplant sind unter anderem einheitlichere Regeln für den Einsatz elektronischer Fußfesseln und Präventivhaft, höhere Mindeststrafen für gefährliche Messerangriffe und eine stärkere Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses bei Bewährungsentscheidungen. Auch Prävention und Deradikalisierung sollen ausgebaut werden.

Der Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK) begrüßte die Pläne und auch der Deutsche Richterbund äußerte sich zustimmend. Die Juristin und Autorin Seyran Ateş hält den Plan dennoch für unzureichend. Gefährder müssten zwar besser überwacht werden, zugleich müsse aber früher angesetzt werden, damit Radikalisierung gar nicht erst entstehe. Sie forderte gegenüber der Jüdischen Allgemeinen eine „viel entschiedenerere Präventionspolitik“ in Schulen, religiöser Bildung, Sozialen Medien und muslimischen Gemeinden.

Zum 10-Punkte-Plan auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)

Zur Kritik am Umgang mit Abdul B. auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Zum neuen GIBZ auf [morgenpost.de](https://www.morgenpost.de) (Paywall)

Zum Statement des BDK auf [bdk.de](https://www.bdk.de)

Zur Einschätzung des Deutschen Richterbundes auf [stern.de](https://www.stern.de)

Zur Kritik von Seyran Ateş auf [juedische-allgemeine.de](https://www.juedische-allgemeine.de)

Ermittlungen nach tödlichen Schüssen auf CSD-Attentäter eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat die Ermittlungen gegen die zwei Polizeibeamten eingestellt, die den CSD-Attentäter Abdul B. erschossen hatten. Es bestehe kein hinreichender Tatverdacht. Die Generalstaatsanwaltschaft gab nun Hintergründe zum Einsatz bekannt. Demnach sei B. auf einen der Beamten zugelaufen. Die Polizisten hätten die Situation als lebensgefährlich eingeschätzt und dreimal auf B. geschossen. Für eine Warnung oder eine andere Reaktion sei nach Einschätzung der Ermittler keine Zeit gewesen.

Zur Meldung auf [ifo.de](https://www.ifo.de)

Die österreichische Regierung beendet die Zusammenarbeit mit dem Deradikalisierungsverein Derad

Die österreichische Bundesregierung beendet die Zusammenarbeit mit dem Deradikalisierungsverein Derad. Hintergrund sind laut Innenministerium Hinweise des Staatsschutzes und Nachrichtendienstes (DSN) auf mögliche Einflüsse der Muslimbruderschaft. Auch das Bildungsministerium und die Stadt Wien setzten die Kooperation aus. Strafrechtliche Vorwürfe gegen Derad bestehen laut ORF nicht; der Verein weist die Vorwürfe zurück. Von der Entscheidung waren nach Angaben von Derad rund 250 Betreuungsverhältnisse im islamistischen und rechtsextremen Spektrum betroffen, darunter 90 Personen auf Bewährung. Der Verein warnte vor einem Sicherheitsrisiko, während das Justizministerium auf andere spezialisierte Träger und

Fachteams verwies. Am 10. September stellte Derad seine Arbeit vollständig ein.

Zum Ende der Zusammenarbeit auf [orf.at](https://www.orf.at)

Zu den Folgen der beendeten Zusammenarbeit auf [diepresse.com](https://www.diepresse.com)

Zum Statement von Derad auf [derad.at](https://www.derad.at)

Bundeskanzler Christian Stocker will in Österreich den „politischen Islam“ verbieten lassen

Im Zuge der beendeten Zusammenarbeit mit Derad sprach sich Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) für ein Verbot des „politischen Islam“ per Verfassungsgesetz aus. Integrationsministerin Claudia Bauer (ÖVP) arbeitet an einem Vorschlag. SPÖ und NEOS lehnen den Vorstoß nicht grundsätzlich ab, äußern jedoch Vorbehalte. NEOS fordert insbesondere eine klare und rechtlich belastbare Definition. Widerspruch regt sich unter anderem auch aufseiten der Islamischen Glaubensgemeinschaft IGGÖ. Eine zu weitgefasste Definition könne etwa zu Verboten und Vereinsauflösungen großer Teile des organisierten Islams in Österreich führen, so etwa der ehemalige IGGÖ-Sprecher Rußen Timur Aksak.

Die Chefin der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), Sylvia Mayer, fordert ein entschiedeneres Vorgehen gegen den „legalistischen Islamismus“ und warnt vor dessen Gefahren für die Demokratie.

Die Strafverteidigerin Anna Mair hingegen bezweifelt, dass ein Verbot sinnvoll umsetzbar wäre. Sie kritisiert die unklare Abgrenzung des Begriffs und plädiert stattdessen für frühere Prävention und mehr Beratungsangebote für gefährdete Jugendliche.

Zu Stockers Plänen und Reaktionen in der Politik auf [orf.at](https://www.orf.at)

Zur Position der IGGÖ auf [orf.at](https://www.orf.at)

Zu Position von Rußen Timur Aksak auf [derstandard.de](https://www.derstandard.de)

Zur Position von Sylvia Mayer auf [orf.at](https://www.orf.at)

Zum Interview mit der Straafverteidigerin Anna Mair auf [news.at](https://www.news.at)

Antisemitismus und islamistische Deutungsmuster: Debatte um die Berliner Linke

Im Berliner Wahlkampf und nach dem Wahlsieg der Linken ist eine Debatte über antisemitische und israelfeindliche Positionen im Umfeld der Partei sowie über Kontakte einzelner Mitglieder zu terroristischen Akteuren und eine Nähe zu islamistischen Deutungsmustern entstanden. Bereits im Wahlkampf sorgte der Auftritt des Rappers Dahabflex bei einer Veranstaltung des Neuköllner Kreisverbands für Kritik. In einem Song rappte er unter anderem „Yallah yallah Intifada“. Spitzenkandidatin Elif Eralp bezeichnete Gewaltaufrufe anschließend als inakzeptabel und kritisierte, dass die Veranstaltenden nicht eingegriffen hatten.

Weitere Kritik entzündete sich wegen eines Mitschnitts aus einer parteiinternen Sitzung der „Landesarbeitsgemeinschaft Palästinasolidarität“. Darin bezeichneten einzelne Mitglieder das Massaker der Hamas an jüdischen Zivilistinnen und Zivilisten am 7. Oktober 2023 als

„Widerstand“ und „Selbstverteidigung“.

Ferner entbrannte eine Debatte um mögliche Verbindungen einzelner Parteimitglieder zu terroristischen Akteuren. Auf der Wahlparty des Neuköllner Kreisverbands wurde der Bundestagsabgeordnete Ferat Koçak mit Ibrahim Ibrahim fotografiert, der als Vertreter des „Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees“ (VPNK) gilt. Das VPK gilt als Zusammenschluss, in dem Anhänger unterschiedlicher palästinensischer Organisationen zusammenwirken; dazu zählen auch Akteure aus dem Umfeld der Hamas und der PFLP. Koçak erklärte, die Feier sei öffentlich zugänglich gewesen und er habe mit vielen Menschen Fotos gemacht; von Gewalt- und Terrorverherrlichung distanzieren er sich.

Die Berliner Parteiführung weist den Vorwurf zurück, Antisemitismus zu dulden, und verweist auf die Beschlusslage zum Existenzrecht Israels und zum Schutz jüdischen Lebens. Die Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Stefanie Schüler-Springorum, hält die Debatte dagegen für überzogen und warnt davor, Antisemitismusvorwürfe zur Einflussnahme auf mögliche Koalitionsverhandlungen zu nutzen.

Zum Auftritt des Rappers Dahabflex auf [zeit.de](https://www.zeit.de)

Zur „Landesarbeitsgemeinschaft Palästinasolidarität“ auf [welt.de](https://www.welt.de) (Paywall)

Zum Auftritt Ibrahim Ibrahims bei der Wahlparty der Linkspartei auf [t-online.de](https://www.t-online.de)

Zur Kritik der Antisemitismusforscherin Stefanie Schüler-Springorum auf [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de)

Weitere Meldungen

Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen zu den Hintergründen zum islamistischen Anschlag auf den CSD

Die Bundesregierung hat auf zwei Kleine Anfragen zum Anschlag auf den Berliner CSD geantwortet. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte unter anderem nach Tatablauf, Radikalisierung und Gefährdungsbewertung. Abdul B. war dem BKA seit Juni 2024 bekannt, wurde 2026 als Gefährder eingestuft und im Mai mit einem „hohen Risiko“ für eine ideologisch motivierte lebensgefährliche Gewalttat bewertet.

Die Fraktion Die Linke erkundigte sich nach dem Behördenhandeln. Die Bundesregierung bestätigte unter anderem seine zeitweise Ausschreibung im Schengener Informationssystem und wiederholte Befassungen im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum. Offen bleibt, ob die hohe Gefährdungsbewertung dem zuständigen Gericht vorlag.

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen auf [server.bundestag.de](https://www.server.bundestag.de)

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linkspartei auf [server.bundestag.de](https://www.server.bundestag.de)

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu antimuslimischen Vorfällen im ersten Halbjahr 2026

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu antimuslimischen Vorfällen

im ersten Halbjahr 2026 nennt die Bundesregierung 231 islamfeindliche Straftaten, darunter 11 Gewaltdelikte. 127 Tatverdächtige wurden ermittelt. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes dokumentierte zudem 178 Fälle antimuslimischer Diskriminierung, vor allem auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Dienstleistungen. Die Zahlen sind vorläufig und nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar.

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen auf server.bundestag.de

Berliner Imam fordert stärkere Einbindung von Musliminnen und Muslimen im Kampf gegen Islamismus

Der Berliner Imam Scharjil Khalid betont die Bedeutung muslimischer Akteurinnen und Akteure bei der Prävention von Islamismus. Als mögliche Radikalisierungsfaktoren nennt er unter anderem fehlende Anerkennung, soziale Isolation und geringe theologische Kenntnisse. Im Gespräch erläutert er zudem, welche Rolle muslimische Gemeinden in einer demokratischen Gesellschaft übernehmen können und warum seiner Einschätzung nach zunehmend auch Musliminnen und Muslime rechte Parteien wählen.

Zur Meldung auf tagesspiegel.de (Paywall)

Islamismus vor Gericht: Weitere aktuelle Meldungen

Karlsruhe: Verbreitung von „IS“-Propaganda laut BGH nicht nach § 86 StGB strafbar

Der Bundesgerichtshof hat klargestellt, dass das Verbreiten von Propaganda-Inhalten des „Islamischen Staats“ in Deutschland derzeit nicht unter den Straftatbestand des § 86 StGB fällt. Grund ist eine rechtliche Besonderheit: Gegen den „IS“ bestehe zwar seit 2014 ein Betätigungsverbot, aber kein Vereinsverbot im Sinne dieser Vorschrift. Strafbar bleibt das Verbreiten entsprechender Inhalte dennoch nach dem Vereinsgesetz. Im konkreten Fall bestätigte der BGH eine Geldstrafe. Die Bundesregierung will die bestehende Gesetzeslücke nun schließen und § 86 StGB auf entsprechende Fälle ausweiten.

Zur Meldung auf lto.de

Berlin: Prozess gegen „IS“-Rückkehrerin begonnen

In Berlin hat der Prozess gegen eine 35-jährige „IS“-Rückkehrerin begonnen. Die Frau soll sich 2014 in Syrien dem „IS“ angeschlossen, eine Freundin zur Ausreise bewegt und sich selbst zu einem Selbstmordattentat bereit erklärt haben. Bei ihrer Rückkehr nach Deutschland im April 2026 wurde sie am Flughafen BER festgenommen. Seitdem sitzt sie in Untersuchungshaft.

Zur Meldung auf n-tv.de

Berlin: Anklage wegen Beihilfe zum versuchten Mord nach Messerangriff am Holocaust-Mahnmal 2025

Die Bundesanwaltschaft hat im Zusammenhang mit dem Messerangriff auf einen spanischen Touristen vor dem Berliner Holocaust-Mahnmal Anklage gegen einen mutmaßlichen Helfer erhoben. Er soll den Täter zur Tat ermutigt haben. Der Täter hatte den Touristen im Februar 2025 lebensgefährlich verletzt und wurde Anfang 2026 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht wertete die Tat als radikal-islamistisch und antisemitisch und verurteilte den Syrer zudem wegen versuchter „IS“-Mitgliedschaft. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zur Meldung auf [welt.de](https://www.welt.de)

Berlin: Mutmaßliche Hamas-Mitglieder angeklagt

Die Bundesanwaltschaft hat in Berlin Anklage gegen sieben mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrororganisation Hamas erhoben. Sie sollen 2025 zum zweiten Jahrestag des Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 Anschläge in Deutschland oder Österreich geplant haben. Als mögliche Ziele nennt die Bundesanwaltschaft Repräsentantinnen und Repräsentanten Israels, jüdische Menschen sowie proisraelisch eingestellte Personen. Die Anklage ist noch nicht zur Hauptverhandlung zugelassen worden.

Zur Meldung auf [beck-aktuell.de](https://www.beck-aktuell.de)

Brandenburg: Weitere mutmaßliche „IS“-Mitglieder im Visier der Behörden

In Brandenburg ermitteln die Sicherheitsbehörden gegen zwei weitere Männer wegen des Verdachts der „IS“-Mitgliedschaft. Die bislang nicht öffentlich bekannten Fälle betreffen einen 41-Jährigen in Senftenberg und einen 32-Jährigen in Zossen. Hinweise auf konkrete Anschlagpläne gibt es bislang nicht. Nach Angaben des Innenministeriums liegen derzeit Erkenntnisse zu einer niedrigen zweistelligen Zahl von „IS“-Mitgliedern und -Unterstützerinnen sowie -Unterstützern im Land vor. Ob Verbindungen zu anderen bekannten „IS“-Fällen bestehen, ist Teil laufender Ermittlungen.

Zur Meldung auf [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de) (Paywall)

Essen: Neun Jahre Jugendhaft nach islamistisch motiviertem Messerangriff vor einem Jahr

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat einen Essener Schüler wegen eines islamistisch motivierten Messerangriffs zu neun Jahren Jugendhaft verurteilt. Der 18-Jährige hatte vor einem Jahr seine Klassenlehrerin mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. Anschließend wollte er in einer Synagoge möglichst viele Jüdinnen und Juden töten. Nachdem ihm der Zutritt zur Synagoge verweigert worden war, verletzte er einen obdachlosen Mann lebensgefährlich. Laut Gericht hatte sich der Schüler über das Internet radikalisiert. Der Senat ordnete seine Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Einrichtung an und behielt sich die Sicherungsverwahrung vor.

Zur Meldung auf [beck-aktuell.de](https://www.beck-aktuell.de)

Bremen: Mutmaßlicher Islamist nach Anschlagplänen auf Kirche festgenommen

Die Bundesanwaltschaft hat in Brandenburg einen 24-jährigen Iraker festnehmen lassen, der einen Anschlag auf eine Kirche geplant haben soll. Der Mann war 2021 über ein Landesaufnahmeprogramm nach Deutschland eingereist. Er soll die Ideologie des „IS“ teilen. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm neben der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat auch die versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung und ein Verstoß gegen das Waffengesetz vor.

Zur Meldung auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Bremen: Prozessbeginn gegen mutmaßliches IS-Mitglied

Vor dem Landgericht Bremen hat der Prozess gegen einen 20-Jährigen wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat begonnen. Der

Mann soll 2025 nach Syrien gereist sein, um sich dort im Umgang mit Waffen ausbilden zu lassen und sich am bewaffneten Kampf des „IS“ zu beteiligen. Laut Anklage absolvierte er in der Region Ar-Rakka ein Schießtraining und kaufte anschließend eine Kalaschnikow. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland soll er Inhalte des „IS“ über Instagram und TikTok verbreitet haben.

Zur Meldung auf [kreiszeitung.de](https://www.kreiszeitung.de)

Frankfurt: „IS“-Rückkehrerin zu Bewährungsstrafe verurteilt

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat eine 36-jährige Deutsche wegen Mitgliedschaft in der Terrororganisation „IS“ zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die Frau war 2014 über die Türkei nach Syrien gereist, hatte sich dort dem „IS“ angeschlossen und einen „IS“-Kämpfer geheiratet. Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht, dass die Angeklagte geständig war und sich von ihren Taten distanziert hatte. Sie soll den „IS“ 2017 verlassen haben.

Zur Meldung auf [zeit.de](https://www.zeit.de)

Frankfurt: Prozess gegen zwei Männer wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Vor dem Landgericht Frankfurt am Main wird gegen zwei junge Männer wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat verhandelt. Sie sollen geplant haben, sich dem „IS“ in Syrien anzuschließen, um dort an der Waffe ausgebildet und an Kampfhandlungen teilzunehmen. Einer der beiden soll zudem darüber nachgedacht haben, einen Selbstmordanschlag in Deutschland zu verüben. Beide Männer sind geständig und geben an, ihre damaligen Ansichten heute zu bereuen.

Zur Meldung auf [faz.de](https://www.faz.de) (Paywall)

München: Prozess gegen mutmaßliches früheres IS-Mitglied

Vor dem Oberlandesgericht München hat der Prozess gegen einen 48-jährigen Iraker begonnen. Er soll sich spätestens 2016 dem „IS“ angeschlossen haben. Laut Anklage soll er zunächst in einer Werkstatt der Terrororganisation gearbeitet und später als „IS“-Kämpfer tätig gewesen sein. Der Prozess soll bis Ende Oktober dauern.

Zur Meldung auf [stern.de](https://www.stern.de)

Augsburg: 16-Jähriger wegen Terrorverdachts vor Gericht

Vor dem Amtsgericht Augsburg läuft derzeit der Prozess gegen einen 16-Jährigen wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung und Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz. Der Jugendliche war im Oktober 2025 ins Visier der Ermittler geraten, nachdem eine selbstgebaute Kugelbombe in seiner Hand explodiert war. Er soll mit dem „IS“ sympathisiert und einen Anschlag auf eine Synagoge geplant haben.

Zur Meldung auf [zeit.de](https://www.zeit.de)

Schweiz: Jugendliche wegen mutmaßlicher Terrorunterstützung angeklagt

In der Schweiz wurden zwei Jugendliche angeklagt, die im Alter von 15 und 16 Jahren wegen des Verdachts auf Unterstützung einer terroristischen Organisation und Anschlagsvorbereitung festgenommen worden waren. Die Schweizer Behörden bringen

sie mit dem „IS“ und al-Qaida in Verbindung: Hinweise, die zur Verhaftung führten, sollen aus Deutschland gekommen sein.

Zur Meldung auf [suedkurier.de](https://www.suedkurier.de) (Paywall)

Österreich: Verurteilter „IS“-Anhänger bei Polizeieinsatz in der Türkei erschossen

Ein in Österreich wegen Mitgliedschaft im „IS“ verurteilter Mann ist bei einem Polizeieinsatz in Istanbul erschossen worden. Der 20-Jährige war nach seiner ersten Haftentlassung im November 2025 verpflichtet, sich regelmäßig bei den Sicherheitsbehörden zu melden und an einem Deradikalisierungsprogramm teilzunehmen. Dafür absolvierte er ein Programm des Vereins Derad. Im Juli 2026 reiste der Mann widerrechtlich in die Türkei.

Zur Meldung auf [salzburg24.at](https://www.salzburg24.at)

USA: Frau wegen „IS“-Unterstützung und Anschlagplänen auf Parlamentsgebäude angeklagt

In New York ist eine Frau wegen des Verdachts auf Unterstützung einer terroristischen Organisation angeklagt worden. Sie soll sich im Internet zum sogenannten „IS“ bekannt und gegenüber einem verdeckten Ermittler des FBI einen Anschlag auf das Parlamentsgebäude des Bundesstaates New York geplant haben. Nach Angaben der Behörden soll sie dabei beabsichtigt haben, Abgeordnete zu töten.

Zur Meldung auf [reuters.com](https://www.reuters.com)

Weitere internationale Meldungen

Großbritannien: Hamas-Vertrauer soll nach Deutschland ausgeliefert werden

Ein ehemaliger Leibwächter des früheren Hamas-Chefs Ismail Haniyeh soll in Großbritannien Asyl und später die Staatsbürgerschaft erhalten haben. Er wurde bereits Ende 2025 in London festgenommen, nachdem der israelische Mossad und deutsche Sicherheitsbehörden von mutmaßlichen Anschlagplänen erfahren hatten. Dem Mann wird in Deutschland vorgeworfen, eine führende Rolle bei der Planung antisemitischer Anschläge auf jüdische Einrichtungen, israelische Diplomaten und proisraelische Demonstrationen gespielt zu haben. Zudem soll er Waffen zwischen Berlin und Wien transportiert haben. Nach Abschluss eines britischen Strafverfahrens soll er nach Deutschland ausgeliefert werden.

Zur Meldung auf [telegraph.co.uk](https://www.telegraph.co.uk) (Englisch)

Großbritannien: Berichte über erzwungene Konversionen in Gefängnissen

In britischen Gefängnissen gibt es Berichte darüber, dass islamistische Häftlinge andere Gefangene unter Druck setzen, zum Islam zu konvertieren. Der unabhängige Terrorismusbeauftragte der britischen Regierung, Jonathan Hall, sagt, es lägen Hinweise vor, dass sich islamistische Terroristen als „Emire“ inszenierten und über Führung und Rekrutierung Einfluss auf Mitgefangene nähmen. Insbesondere vulnerable und einsame Häftlinge würden demnach mit Unterstützung, Essen oder Geschenken angeworben. Konversionen seien teils auch mit impliziter oder tatsächlicher Gewalt durchgesetzt worden.

Zur Meldung auf [telegraph.co.uk](https://www.telegraph.co.uk) (Englisch)

Die bpb auf:



Facebook



Mastodon



X



Instagram



YouTube



LinkedIn



Bluesky



bpb.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten wollen, klicken Sie auf diesen [Link](#) oder alternativ können Sie sich auf <https://www.bpb.de/newsletter> unter Eingabe Ihrer E-Mail Adresse und mit Klick auf "Kündigen" vom Newsletter "Infodienst Radikalisierungsprävention" abmelden. Bitte beachten Sie den dortigen Hinweis zur Bestätigung der Abmeldung.

Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Kritik haben, schreiben Sie bitte
an: infodienst@bpb.de

Zum Infodienst Radikalisierungsprävention: www.bpb.de/infodienst

Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten: <https://www.bpb.de/datenschutz>

© Bundeszentrale für politische Bildung 2026 (<https://www.bpb.de/impressum>)